

Rechtsgebiet: 5. Königreich **Bayern** mit Ausnahme der Rheinpfalz.

Gesetzliche Grundlage:

Gemeindeordnung vom 29. April 1869.

I. Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts.

Das Bürgerrecht kann nur durch Verleihung erworben werden.

Befähigt zum Erwerbe sind volljährige, selbständige Männer, die sich im Besitze des bayerischen Indigenats befinden, in der Gemeinde wohnen und daselbst mit einer direkten Steuer veranlagt sind. Selbständig sind nicht Entmündigte, Dienstboten, Gewerbsgehilfen und Hausföhne, die in häuslicher Gemeinschaft ihres Vaters stehen.

Einen Anspruch auf Verleihung des Bürgerrechts haben alle Befähigten, die entweder

1. in der Gemeinde das Heimatsrecht besitzen, oder
2. seit 2 Jahren in der Gemeinde gewohnt und während dieser Zeit eine direkte Steuer und die Gemeindeabgaben bezahlt haben.

Die Verleihung kann versagt werden z. B., wenn der Bewerber in den letzten 2 Jahren Armenunterstützung erhalten hat, ferner bei Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, Stellung unter Polizeiaufsicht, Konkurs.

Inländer, welche in einer Gemeinde ein besteuertes Wohnhaus besitzen oder mit direkten Steuern wenigstens in demselben Betrage wie einer der drei höchstbesteuerten Einwohner angelegt sind, können die Verleihung des Bürgerrechts auch dann beanspruchen, wenn sie im übrigen die Fähigkeit hierzu nicht besitzen, also z. B. nicht in der Gemeinde wohnen. Unter den gleichen Voraussetzungen können auch juristische Personen, privatrechtliche Vereinigungen, Frauen, Minderjährige und unter Kuratel stehende Personen das Bürgerrecht erwerben, müssen sich aber bei der Ausübung ihres Bürgerrechts eines Vertreters bedienen. Auch solche Personen, die nicht in der Gemeinde wohnen, können ihr Bürgerrecht nur durch einen Vertreter ausüben, der selbst die gesetzlichen Eigenschaften zum Erwerbe des Bürgerrechts besitzt.

Die Verleihung des Bürgerrechts erfolgt durch die Gemeindeverwaltung. Bei Personen, die keinen gesetzlichen Anspruch auf die Verleihung haben, oder bei denen ein Grund zur Versagung vorliegt, ist die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich.